

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.159.883

Wien, am 26. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Manuel Litzke und Sebastian Schwaighofer haben am 26. Jänner 2026 unter der Nr. **4697/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „linksextremistische Anschläge auf kritische Infrastruktur, Gefahrenlage in Österreich und Maßnahmen des Innenministeriums“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie beurteilen Sie aus Sicht Ihres Ressorts den in Berlin verübten Brandanschlag auf Teile der Stromversorgung, zu dem sich eine linksextremistische Gruppierung bekannt hat, im Hinblick auf dessen Bedeutung für die sicherheitspolitische Lage in Europa?*
 - a. *Welche Erkenntnisse liegen Ihrem Ressort zur in diesem Zusammenhang genannten linksextremistischen Gruppierung „Vulkangruppe“ vor?*
 - b. *Wie wird diese Gruppierung ideologisch eingeordnet und welchem Spektrum des Linksextremismus wird sie zugeordnet?*
 - c. *Ist dem Ressort bekannt, ob diese Gruppierung oder ihr ideologisches Umfeld über Kontakte, Unterstützer oder Sympathisanten in Österreich verfügt?*
 - d. *Liegen dem Ressort Erkenntnisse über transnationale Vernetzungen vergleichbarer linksextremistischer Strukturen im deutschsprachigen oder europäischen Raum vor?*

- e. *Stehen österreichische Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit diesem Anschlag in einem fachlichen, operativen oder strategischen Austausch mit deutschen Behörden oder europäischen Sicherheitsstrukturen?*
- *Wie schätzen Sie die aktuelle Bedrohungslage durch linksextremistisch motivierte Gewalt in Österreich insgesamt ein?*
 - a. *Welche Entwicklungen wurden in den letzten Jahren hinsichtlich Radikalisierung, Gewaltbereitschaft und Aktionsformen linksextremistischer Akteure festgestellt?*
 - b. *Hat sich nach Einschätzung Ihres Ressorts die Zielauswahl linksextremistischer Akteure in Richtung staatlicher Einrichtungen oder kritischer Infrastruktur verschoben?*
 - c. *Wie hoch wird das Risiko eingeschätzt, dass es in Österreich zu gezielten Sabotageakten oder Anschlägen auf kritische Infrastruktur kommt?*
 - d. *Gab es in den vergangenen fünf Jahren Erkenntnisse über konkrete Planungen, Vorbereitungshandlungen oder Szenarien im Zusammenhang mit Angriffen auf kritische Infrastruktur in Österreich?*

Einleitend ist festzuhalten, dass Meinungen und Einschätzungen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht unterliegen. Ungeachtet dessen werden die gegenständlichen Fragen insoweit beantwortet, als sie sich auf objektiv feststellbare Tatsachen beziehen.

Die linksextremistische Szene in Österreich umfasst vor allem autonom-anarchistische sowie marxistisch-leninistisch und trotzkistisch orientierte Strömungen, die den demokratischen Rechtsstaat und das kapitalistische Wirtschaftssystem grundsätzlich als unterdrückerisch und illegitim ablehnen und Gewalt – sei es physisch, symbolisch oder sachbeschädigend – als prinzipiell legitimes und notwendiges Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele betrachten.

Es kann eine verstärkte internationale Vernetzung, ein intensiver Austausch in sozialen Medien und digitalen Räumen sowie eine zunehmende Orientierung an transnationalen Vorbildern und Aktionsformen beobachtet werden. Dabei kam es auch zu Protesten, spontanen und geplanten Aktionen, Sachbeschädigungen (Graffiti, Farbbeutel, Zerstörung von Parteibüros oder Firmenfahrzeugen), Blockadeaktionen und vereinzelt Gewaltdelikten, die sich besonders häufig im Kontext von Antifaschismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus, Antirassismus und Klimagerechtigkeit ereignen.

Die konsequent ablehnende Haltung gegenüber staatlichen Institutionen zeigte sich unverändert. In zahlreichen Stellungnahmen, Aktionen sowie Online-Kampagnen

forderten linksextremistische Gruppierungen die Auflösung oder „Entmachtung“ von Sicherheitsbehörden und stellten Polizei und Nachrichtendienste als „Repressionsinstrumente“ dar. Diese Feindbildorientierung spiegelt sich sowohl in der Protestpraxis als auch in der digitalen Kommunikation wider, wobei insbesondere soziale Medien eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung einnahmen.

Darüber hinaus war eine verstärkte Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren im europäischen Ausland zu beobachten. Die Zielauswahl linksextremistischer Akteure richtet sich nach wie vor primär gegen staatliche „Repressionsbehörden“ (Polizei, Verfassungsschutz, Justiz), gegen politische Gegner aus dem rechten und konservativen Spektrum, gegen Symbole des Kapitalismus (Banken, Immobilienfirmen, Großkonzerne) sowie gegen als faschistisch oder rassistisch wahrgenommene Gruppierungen und Veranstaltungen. Eine klare strategische Verschiebung hin zu gezielten Angriffen auf kritische Infrastruktur ist derzeit nicht erkennbar.

Zur Frage 3:

- *Welche Maßnahmen setzt Ihr Ressort derzeit zum Schutz kritischer Infrastruktur vor extremistisch motivierten Angriffen oder Sabotageakten?*
 - a. *Welche Rolle spielen dabei sicherheitspolizeiliche Lageanalysen und Risikoabschätzungen?*
 - b. *In welchem Ausmaß werden Objektschutzmaßnahmen, präventive Schutzkonzepte oder sicherheitspolizeiliche Schwerpunktsetzungen angewendet?*
 - c. *In welcher Form sind Betreiber kritischer Infrastruktur in diese Schutzmaßnahmen eingebunden?*
 - d. *Wurden bestehende Schutzkonzepte nach internationalen Vorfällen wie dem Anschlag in Berlin überprüft oder angepasst?*

Die Zusammenarbeit mit Unternehmen der kritischen Infrastruktur erfolgt im Rahmen des APCIP (Austrian Program for Critical Infrastructure Protection) Masterplans 2014. In enger Abstimmung mit den jeweiligen Unternehmen werden jene Objekte identifiziert, die als besonders sensibel beziehungsweise schutzwürdig einzustufen sind. Diese Objekte werden in einem Objektschutzkatalog registriert. Auf Basis einheitlicher Standards werden gemeinsam Maßnahmenableitungen erarbeitet. Die erarbeiteten Schutzkonzepte unterliegen einer regelmäßigen Evaluierung und werden bei Bedarf adaptiert.

Zur Frage 4:

- *Welche präventiven Maßnahmen verfolgt das Ressort zur frühzeitigen Erkennung linksextremistischer Radikalisierung und Gewaltbereitschaft?*

- a. *Inwieweit werden bekannte linksextremistische Szenen, Netzwerke oder Milieus beobachtet und analysiert?*
- b. *Welche Bedeutung kommt dabei der Auswertung von Propaganda, Bekennerschreiben oder öffentlich zugänglichen Kommunikationskanälen zu?*
- c. *Besteht eine Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen oder Institutionen im Bereich der Extremismusprävention?*

Die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst beobachtet die linksextremistische Szene im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags. Hinsichtlich detaillierter Lageeinschätzungen wird auf den aktuellen Verfassungsschutzbericht verwiesen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Auswertung von Propaganda, Bekennerschreiben sowie öffentlich zugänglichen Kommunikationskanälen Teil der Analyse verfassungsschutzrelevanter Bedrohungen ist.

Im Bereich der Extremismusprävention besteht eine enge Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen, Institutionen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft.

Auf Grund des Interesses an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit muss von einer weiterführenden Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden. Hierzu darf ausgeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung – und sei es auch eine verneinende – Rückschlüsse gezogen werden können. Durch das Bekanntwerden, dass in einem bestimmten Bereich Ermittlungen geführt werden oder nicht, könnten aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschwert beziehungsweise in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden.

Zur Frage 5:

- *Welche strategischen Risiko- oder Bedrohungsanalysen liegen Ihrem Ressort in Bezug auf mögliche Terror- oder Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur in Österreich vor?*
 - a. *In welchem Turnus werden derartige Analysen aktualisiert?*
 - b. *Werden internationale Ereignisse wie der Anschlag in Berlin systematisch in diese Bewertungen einbezogen?*
 - c. *Welche grundsätzlichen Schlussfolgerungen zieht Ihr Ressort aus dem Berliner Anschlag für die Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheitsarchitektur?*

Die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst führt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags Risiko- und Bedrohungsanalysen zu verfassungsschutzrelevanten Sachverhalten

durch. Dabei werden auch internationale Ereignisse im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf Österreich einbezogen. Ergänzend dazu besteht ein kontinuierlicher Austausch sowie eine enge Kooperation mit Unternehmen der kritischen Infrastruktur.

Gerhard Karner

